



**Betreff:   Stellungnahme der Bundesregierung zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und den Rat „Die weitere Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der Union - Aktuelle Lage und mögliche nächste Schritte“ vom 3. April 2019**

Die Bundesregierung begrüßt die Mitteilung vom 3. April 2019 von der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und den Rat der Europäischen Union zur weiteren Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der Union. Für die Bundesregierung ist es wichtig, dass der gesamteuropäische Dialog zu Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union intensiviert wird. Rechtsstaatlichkeit gehört zu den fundamentalen Prinzipien der Europäischen Union, zu denen sich alle Mitgliedstaaten im Artikel 2 im Vertrag von Lissabon bekannt haben. Mehr noch: Rechtsstaatlichkeit ist für die Funktionsfähigkeit der EU unabdingbar und schützt die Bürgerinnen und Bürger der EU.

Die Grundwerte wie Rechtsstaatlichkeit können nur gemeinsam mit allen Mitgliedstaaten in der Europäischen Union gestärkt werden. Die Bundesregierung setzt sich für die Verständigung über die gemeinsamen europäischen Grundwerte und für die Etablierung von Standards bei Grundwerten und Rechtsstaatlichkeit ein. Daher hat die Bundesregierung gemeinsam mit Belgien die Einrichtung eines Peer-Review Mechanismus zur Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit vorgeschlagen. Mit Hilfe dieses Mechanismus soll die Situation der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten regelmäßig analysiert und zwischen den Mitgliedstaaten diskutiert werden. Der Mechanismus hat das Ziel, den Dialog zu Rechtsstaatlichkeitsthemen zu stärken und das gemeinsame Verständnis zu fördern, um mögliche Fehlentwicklungen vor ihrem Entstehen zu vermeiden. Die Bundesregierung strebt an, dass hieran alle Mitgliedstaaten teilnehmen. Die Bundesregierung begrüßt daher die Etablierung der informellen Expertengruppe mit allen Mitgliedstaaten, um die Modalitäten des Mechanismus jetzt auszuarbeiten. Es wird angestrebt, den Mechanismus innerhalb der EU Verträge einzurichten. Sollte nur eine intergouvernementale Struktur möglich sein, sollten die Institutionen der Europäischen Union so eng wie möglich eingebunden werden.

Folgende weitere Punkte zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit sind aus Sicht der Bundesregierung wichtig:

- Der Vorschlag der Kommission für eine Verordnung zum Schutz des Haushalts der Union im Falle von generellen Mängeln des Rechtsstaatsprinzips in einem Mitgliedstaat ist eine ihrer Prioritäten in den Verhandlungen des Mehrjährigen Finanzrahmens. Die Bundesregierung setzt sich gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten für zügige Verhandlungen ein.

- Die Bundesregierung begrüßt die Hervorhebung der wichtigen Rolle des Europarats in der KOM Mitteilung bei der Wahrung und Fortentwicklung von Rechtsstaatlichkeit. Die Bundesregierung wünscht sich einen intensiveren Austausch zwischen den Institutionen der Europäischen Union und dem Europarat, inklusive der Venedig-Kommission und der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO). Die Bundesregierung unterstützt den Beitritt der EU zur EMRK, wie im Vertrag von Lissabon festgeschrieben.
- Das Querschnittsthema europäische Grundwerte ist sowohl im multilateralen Kontext, zum Beispiel Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), als auch im bilateralen Verhältnis mit Staaten aus dem westlichen Balkan sowie Russland relevant. Die Grundwerte sollten in den Außenbeziehungen stärker gewichtet werden. Die Bundesregierung unterstützt daher die Kommission dabei, Rechtsstaatsaspekte bei künftigen Mechanismen im Außenverhältnis stärker zur Geltung kommen zu lassen.
- Die Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Akteur in der Wertediskussion in und über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg. Sie braucht daher starke politische und finanzielle Unterstützung. Die Kooperation mit europäischen Stiftungen und NROs sollte ausgebaut werden, um die europäischen Grundwerte weiter zu stärken.
- Eine freie, vielfältige und unabhängige Presselandschaft stellt sicher, dass die Öffentlichkeit erfährt, wo Rechtsstaatlichkeit und damit Bürgerrechte in Gefahr sind. Die Existenz einer freien, vielfältigen und unabhängigen Medienlandschaft ist daher ebenfalls ein Beitrag zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit.
- Ein wichtiger Schritt zur Festigung einer gemeinsamen Auffassung von Rechtsstaatlichkeit zwischen den Mitgliedstaaten ist der im Jahr 2014 etablierte thematische Dialog zur Förderung und zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit des Rates. Die Bundesregierung will die finnische Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2019 dabei unterstützen, die geplante Evaluierung des Dialogs umzusetzen.
- Die Bundesregierung wird die Agentur der Europäischen Union für Grundwerte dabei unterstützen, dass sich diese im Rahmen ihres Mandats in dem Bereich Rechtsstaatlichkeit verstärkt einbringt, ihre Expertise ausbaut und somit bestehende und zu schaffende Instrumente zu Rechtsstaatlichkeit besser begleiten kann.

Die Bundesregierung ist bereit, die Kommission bei ihrem Bemühen um die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union zu unterstützen. Sie stimmt der KOM zu, dass es nicht eine einzige Maßnahme gibt, die sicher, umgehend und dauerhaft Abhilfe gegen Gefährdungen der Rechtsstaatlichkeit leisten kann. Zielführender scheint eine vielfältige Bandbreite an Maßnahmen.

Auch die Rechtsprechung des EuGHs sowie wirksamer Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte in den Mitgliedstaaten stellen einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit dar. Wünschenswert ist selbstverständlich die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, bevor Defizite auftreten. Die Bundesregierung begrüßt es, wenn die Kommission bei ihren weiteren Überlegungen zur Überprüfung der Rechtsstaatlichkeitsinstrumente die Initiative zur Einrichtung eines Peer Review Mechanismus sowie weitere Initiativen und Überlegungen zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit in der EU aufnimmt.

## Courtesy translation

**Subject: Input of the Federal Government regarding the Communication from the Commission to the European Parliament, the European Council and the Council “Further strengthening the Rule of Law within the Union – State of play and possible next steps” of 3 April 2019**

The German Government welcomes the Communication of 3 April 2019 from the Commission to the European Parliament, the European Council and the Council – Further strengthening the Rule of Law within the Union. The German Government believes it is important that the pan-European dialogue on the rule of law in the European Union is stepped up. The rule of law is one of the fundamental principles of the European Union and all Member States are obligated to uphold it under Article 2 of the Treaty of Lisbon. Moreover, the rule of law is essential for the EU to function and it protects the EU’s citizens.

Fundamental values such as the rule of law can only be strengthened if all European Union Member States work together to enhance them. The German Government is striving to foster understanding on shared fundamental European values and wants to see standards on fundamental values and the rule of law set. The German Government, together with Belgium, has therefore proposed the establishment of a peer review mechanism to scrutinise the rule of law. With the help of this mechanism, the situation with regard to the rule of law in the Member States would be regularly analysed and discussed among the Member States. The aim is to strengthen the dialogue on rule of law issues and to foster a shared understanding in order to avert possible undesirable developments before they emerge. The German Government wants all Member States to take part. It therefore welcomes the establishment of the informal group of experts with all Member States. The group’s task is to now develop the modalities of the mechanism. The idea is to anchor it within the EU treaties. Should it transpire that only an intergovernmental structure is possible, the European Union institutions should be as closely involved as possible.

The German Government believes that the following points are also important in order to strengthen the rule of law:

- The Commission’s proposal for a Regulation on the protection of the Union’s budget in case of generalised deficiencies as regards the rule of law in a Member State is one of its priorities in the negotiations on the multiannual financial framework. Together with the other Member States, the German Government is working to ensure swift negotiations.
- The German Government welcomes the emphasis in the Commission’s Communication on the key role of the Council of Europe when it comes to safeguarding and further developing the rule of law. It would like to see a more intensive exchange between the institutions of the European Union and the Council of Europe, including the European Commission for Democracy through Law and the Group of States against

Corruption (GRECO). The German Government supports the EU's accession to the European Convention on Human Rights, as laid down in the Treaty of Lisbon.

- The cross-cutting issue of fundamental European values is relevant both in the multi-lateral context, for instance the Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE), and in bilateral relations with countries in the Western Balkans and Russia. Greater weight should be given to fundamental values in the Union's external relations. The German Government therefore supports the Commission's intention to place greater importance on rule of law aspects in future external relations mechanisms.
- Civil society is a key player in the discussion on values within and beyond the borders of the Member States. It therefore needs strong political and financial support. Cooperation with European foundations and NGOs should be expanded in order to further strengthen fundamental European values.
- A free, diverse and independent press ensures that the public learns where the rule of law and thus civil rights are at risk. The existence of a free, diverse and independent media landscape is therefore another factor which helps strengthen the rule of law.
- One important step towards consolidating a consensus on the rule of law among the Member States is the thematic dialogue set up by the Council in 2014 to foster and safeguard the rule of law. The German Government intends to support the Finnish Council Presidency to implement the planned evaluation of the dialogue in the second half of 2019.
- The German Government will help the European Union Agency for Fundamental Rights, within the framework of the latter's mandate, to make a bigger contribution in the rule of law sphere as well as to expand its expertise so that it can better support existing and future rule of law instruments.

The German Government is prepared to support the Commission in its efforts to strengthen the rule of law in the European Union. It agrees with the Commission that there is no single measure which can provide a certain, immediate and lasting means of dealing with threats to the rule of law. A diverse range of measures would seem to be more effective.

Rulings by the European Court of Justice as well as effective legal protection by independent courts in the Member States are vital for strengthening the rule of law. Naturally, it is desirable to foster the rule of law before shortcomings arise. The German Government would welcome it if in the course of its further discussions on examining rule of law instruments, the Commission would take up the initiative on the establishment of a peer review mechanism, as well as other initiatives and proposals on strengthening the rule of law in the EU.